

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Redaktion: Dresden, Neudorfstr. 10/11

Belegpreis: 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk.  
Wochensatzpreis für Monat Februar 5.40 Mk. einchl. 10 Pfg. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr).  
Wochenpreis 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Werbemerkmalen berechnet: die ein-  
seitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen  
ohne Nacht 15 Pfg., auswärts 25 Pfg., die 10 mm breite Werbefläche 200 Pfg., auswärts 250 Pfg.  
Offertengeld 20 Pfg. Kündigungsfrist gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siegfried & Reichardt,  
Dresden, Neudorfstr. 10/11  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Neudorfstr. 10/11)  
Schreibweise: Schriftgröße werden nicht ausbleiben

## Amerika bietet England volle Parität

### Eine Erklärung des Staatssekretärs Stimson

London, 7. Febr. Der Führer der amerikanischen Delegation, Staatssekretär Stimson, gab gestern eine Erklärung aus, in der es u. a. heißt:  
Wir haben den Engländern eine sofortige Parität zwischen der englischen und der amerikanischen Flotte in allen Kategorien vorgeschlagen, die durch eine Verminderung der Zahl der Großkampfschiffe bereits im Jahre 1931 statt 1942 erreicht werden kann. Hinsichtlich der Kreuzer schlagen wir vor, das England 15 Kreuzer von 10000 Tonnen mit achtzähligen Geschützen haben soll und die Vereinigten Staaten 18 Kreuzer der gleichen Kategorie. Dafür billigen wir England in der Kategorie der kleineren Kreuzer ein Uebergewicht von 42000 Tonnen zu. Wir schlagen ferner völlige Parität zwischen England und den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Flugzeugmutterkisten, der Zerstörer und der Unterseeboote vor, und zwar auf einer möglichst niedrigen Tonnagebasis.

Wir würden ohne weiteres einer Abschaffung der Unterseeboote zustimmen, falls in diesem Punkt eine Vereinbarung unter den fünf Seemächten erreicht werden kann.

aber jedenfalls sehen wir auf dem Standpunkt, daß die Unterseeboote gegenüber den Handelsschiffen denselben Bestimmungen des internationalen Rechts unterworfen werden sollen wie die Ueberwasserfahrzeuge. Der Vorschlag, den die amerikanische Delegation der japanischen Delegation macht, sieht keine gleichmäßige Kontingenterstellung für alle Kategorien vor. Der französische und der italienische Delegation, deren Bedürfnisse in keinem so unmittelbaren Zusammenhang mit den unsrigen stehen, haben wir keine Vorschläge zu machen, aber die Regelung der Fragen, an denen sie besonders interessiert sind, ist sehr wesentlich für die von allen angestrebte Einigung.

Die Blätter begrüßen den „entschiedenen Fortschritt“, den die Flottenkonferenz gestern gemacht hat. Die amerikanischen Vorschläge werden allgemein willkommen geheißen mit dem Bemerkens, daß sie der britischen Auffassung in allen wesentlichen Punkten gerecht zu werden scheinen.  
„Times“ sagt in einem Leitartikel: Der erste Eindruck ist, daß die amerikanischen Vorschläge eine annehmbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden. — Es wird immer wahrscheinlicher, daß ein Plan aufgestellt werden wird, der es Großbritannien, Amerika und Japan erlauben würde, eine nichtübertragbare Tonnage für jede Schiffskategorie festzusetzen, während Frankreich und Italien, falls sie es wünschen, die Möglichkeit erhalten, einen gewissen Betrag an Tonnage zwischen den Klassen der leichten Kreuzer und der Zerstörer auszutauschen.

Der Marinekorrespondent der „Morningpost“ schreibt: Der wichtigste Punkt in den amerikanischen Vorschlägen ist die ins Auge gefasste Regelung der Kreuzerfrage. Zum ersten Male sind Tonnageabgaben genannt worden. Die Bezugnahme auf Frankreich und Italien drückt deutlich den Gedanken einer besonderen Vereinbarung zwischen diesen beiden Ländern innerhalb des Rahmens eines allgemeinen Vertrages aus.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt, dieses „föhne Angebot“ der amerikanischen Delegation sei auf direkte Veranlassung des Präsidenten Hoover erfolgt.

Der Marinearbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Dies ist bei weitem die wichtigste Entwicklung dieser Flottenkonferenz. Dem Mitarbeiter zufolge wären nach dem amerikanischen Plan fünf britische und drei amerikanische Schlachtschiffe sofort abzurufen. In der noch wichtigeren Frage der Kreuzertonnage scheint aber ein vernünftiges Kompromiß erreicht worden zu sein.  
Am Donnerstagabend suchte der französische Ministerpräsident Lardieu Macdonald im Unterhaus auf, hierbei wurde, wie zuverlässig verlautet, von Macdonald darauf hingewiesen, daß es nunmehr dringend erwünscht sei, daß die einzelnen Mächte der Konferenz Zahlen unterbreiteten, um auf diese Weise einen schnellen Fortschritt der Konferenz zu erreichen. Der Stand der Arbeiten der Konferenz reiferter nach englischer Ansicht die Vorlage bestimmter Forderungen. Auf englischer und, wie es scheint, auch auf japanischer Seite, hat der amerikanische Vorschlag einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

### Vor einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Erklärung zur U-Boot-Frage

Drachbericht unseres Pariser Korrespondenten  
Paris, 7. Febr. Auf französischer Seite erwartet man nach Londoner Berichten in der Sitzung am Dienstag eine gemeinsame Erklärung Amerikas und Englands, durch die die völlige Abschaffung der U-Boote vorgeschlagen wird. Man hat aber sofort hinzu, daß diese Erklärung rein politischer Natur sein werde, da sich im Grunde die englische und die amerikanische Delegation schon über die unvermeidliche Aufrechterhaltung der U-Boote und ebenso über die Unterseeboottonnage geeinigt hätten.  
Diese Einigung besteht darin, daß sowohl für England und Amerika als auch für Japan die volle Parität

auf dem Gebiete der U-Boote zugestanden werden soll, und zwar mit einer Gesamttonnage von 70000 Tonnen.

Das wären 10000 Tonnen mehr, als man auf der Dreimächte-Konferenz in Genf 1927 in Aussicht genommen hatte, und 10000 Tonnen weniger, als Japan verlangt.

Frankreich wird es also nicht leicht haben, seine noch weit darüber hinausgehenden Ansprüche, nämlich 125000 Tonnen für die U-Boote, durchzusetzen. Die Franzosen selbst geben zu, daß sie nach dem jetzigen Stand an U-Booten schon eine Gesamttonnage von 99400 Tonnen besitzen, die ihnen aber noch nicht genügt, sondern die auf 125000 Tonnen gesteigert werden soll. Man beklagt sich lebhaft darüber, daß die Italiener schon während der ganzen Verhandlungstage in London sich in Schweigen hüllten, und während man Japan in der Frage der U-Boote auf französischer Seite zu finden hofft, weiß man bestimmt, daß Italien auf der anderen Seite sein wird.

## Die Parteiführer beim Reichsfinanzminister

### Einwände der Sozialdemokraten gegen Moldenhauers Finanzpläne

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Febr. Die angekündigte Besprechung des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit den Regierungsparteien zur Festlegung der Grundzüge des Etats für 1930 hat heute vormittag 11 Uhr begonnen. Für die Deutsche Volkspartei waren Dr. Scholz, Dr. Jappi und Dr. Gremer, für das Zentrum Esser und Bräuning, für die Bayerische Volkspartei Leicht, für die Demokraten Koch-Weser, Reinhold und Meyer, für die SPD. Gerb, Freitsch und Keil erschienen. Es handelt sich, wie gesagt, darum, wie das Defizit von 1930 in Höhe von 700 Millionen Mark gedeckt werden soll. Diese 700 Millionen setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen: 450 Millionen für die Anleiheemission, 150 Millionen zur Deckung des Defizits von 1928 und 100 Millionen Steuerzuschuss von 1929.

Dr. Moldenhauers Vorschlag

soll nun dahin gehen, 230 Millionen dadurch zu decken, daß Invaliden- und Angehörtenversicherung den Kreditbedarf der Arbeitslosenversicherung in der genannten Höhe befriedigen. Die Drofflung der Ausgaben, besonders im Etat des Reichswehrministeriums, des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums sollen 100 Millionen erbringen, also blieben 370 Millionen durch Steuererhöhungen bzw. neue Steuern zu decken.

Es liegen nun zwei Vorschläge vor.

Nach dem ersten soll eine Erhöhung der Biersteuer 180 Millionen und die Erhöhung der Umsatzsteuer 100 Millionen erbringen. Nach dem zweiten soll eine doppelte Biersteuererhöhung 300 Millionen und die Wiedereinführung der Weinksteuer zusammen mit der Erhöhung des Kaffees- und Zeezollis 10 Millionen erbringen. So ungefähr sehen rechnerisch die Vorschläge aus.  
Die Beratungen wurden 12 Uhr abgebrochen. Ein praktisches Ergebnis haben sie nicht erzielt. Anfang nächster Woche soll ein neuer Versuch zur Einigung gemacht werden.

## Polen ist mit dem Vertragswerk zufrieden

### Wachsende Opposition in Bayern gegen den Polenvertrag

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Febr. Der Kampf um den Youngplan und besonders um das Polenabkommen nimmt immer schärfere Formen an. Wie man in Warschau dieses Abkommen bewertet, zeigt eine Stellungnahme des Kurjer Warszawski, der klipp und klar schreibt:

„Endlich hat auf deutscher Seite die Einsicht gekost. Herr Rauscher hat kapituliert, er hat es so vollständig und jovial getan, daß am Freitag der polnische Ministerrat dem jetzt vorliegenden Vertragsentwurf mit Deutschland zustimmen kann...“

Demgegenüber scheint es, als ob sich die Opposition besonders in Bayern formiert. Die Bayerische Staatszeitung, die häufig für offizielle und amtliche Mitteilungen benutzt wird, erklärt, es bestehe für Bayern gar kein Anlaß, aus dem Resultat der Abstimmlungen im Reichsrat für sich und seine Auffassung eine Niederlage abzuleiten. Das Entscheidende an der ganzen Behandlung der Younggesetze im Plenum des Reichsrats sei schließlich gar

### Der spanische Amnestieerlaß

Drachbericht unseres Pariser Korrespondenten

Madrid, 7. Febr. Das spanische Amtsblatt wird heute einen königlichen Amnestieerlaß veröffentlichen, durch den alle wegen Aufstandes und politischen Vergehens usw. verurteilten Spanier begnadigt werden. Das neue Kabinett soll gestern schon angeordnet haben, daß alle Verurteilungen dementsprechend zu erlassen seien. Ferner hat das Kabinett die Demission fast sämtlicher Zivilgouverneure mit Ausnahme der von Madrid und Barcelona angenommen. Das Kabinett will nur allmählich und im Einvernehmen mit den politischen Parteien neue Zivilgouverneure ernennen.

Anlässlich der Trauerfeierlichkeiten am Jahrestage des Todes der Königinmutter kam es in Sevilla zu Kundgebungen gegen den Bürgermeister und die Stadtverordneten, die während der Regierungszeit Primos ihr Amt angetreten haben. Dabei wurden auch gegen die Regierung gerichtete Rufe laut, weshalb die Polizei mit der blanken Waffe einschritt.

In Sagunto sind die Arbeiter der Hochofenwerke in den Streik getreten.

werden. Bis dahin werden sich die Fraktionen über ihre Haltung schlüssig werden müssen.

Auch heute wieder ging der Hauptwiderstand vor allem in der Frage der Arbeitslosenversicherung von der Sozialdemokratie aus.

die unter keinen Umständen das Reich von der Verantwortung entlastet wissen möchte. Andererseits wurden aber auch von der Volkspartei her berechtigte Bedenken gegen eine allzu große Belastung der Wirtschaft geltend gemacht. Man wird das verstehen können, denn das Umschwenken vom Traum einer allgemeinen Feuerlichen Entlastung der Wirtschaft zu neuen großen Feuerlichen Belastungen ist denn doch zu schnell gekommen.

### Misstrauensantrag gegen Braun

Berlin, 7. Febr. Im Preussischen Landtag haben die Deutschnationalen einen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten eingebracht, der damit begründet wird, daß entgegen dem Landtagsbeschluss die Vertreter des preussischen Staatsministeriums im Reichsrat für das Abkommen mit Polen gestimmt haben.

### Vorbildliche Sparsmaßnahme Hindenburgs

Berlin, 7. Februar. Hindenburg hat sich im Hinblick auf die ungünstige wirtschaftliche Lage entschlossen, die üblichen parlamentarischen Abende in diesem Jahre ausfallen zu lassen und den hierdurch ersparten Betrag der Hindenburgspende zur Vinderung der Not unter den Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten zu überweisen.

Auch die Reichsregierung hat einen entsprechenden Beschluss gefasst und den ersparten Betrag der Stadt Berlin zur Bewältigung bedürftiger Schulfinder zur Verfügung gestellt. Desgleichen hat der Reichstagspräsident unter Verzicht auf die parlamentarischen Bierabende die sich ergebenden Ersparnisse einer Wohlfahrtsvereinigung überwiesen.

### Bergwerksunglück in Amerika

Standard City, 7. Febr. In einem Kohlenbergwerk bei Standardville ereignete sich eine Explosion, durch die sechs Bergleute getötet und etwa 15 ihrer Arbeitsgefährten verstuft wurden. Heute früh ist es gelungen, drei der Verstümmelten, die noch am Leben waren, zu retten. Die Arbeiten zur Rettung der übrigen werden fortgesetzt.

### Verkehrsstreik in Berlin?

Unter den Beamten der Berliner Verkehrsbehörde hat die Einlegung von Forderungen eine starke Beunruhigung hervorgerufen. Die Stimmung ist sehr erregt, und es wird bereits mit dem Ausbruch eines Verkehrsstreikes gedroht.